

Österreich/Luxemburg:

Gemeinsam für eine Europäische Energieunion ohne Kernenergie

(Wien, 20.3.2015) BM Ruppreecher betonte anlässlich eines Arbeitstreffens mit der luxemburgischen Umweltministerin Carole Diesbourg, dass der Umstieg auf Erneuerbare Energien eines fairen Wettbewerbes bedarf und die gleichen Bedingungen in Bezug auf

Förderung, Marktzugang und Haftung wie für fossile bzw. Atomenergie geschaffen werden müssen. Nur so ist die Energiewende auch ohne Atomkraft möglich.



Das war auch das klare Erkenntnis aus dem wissenschaftlichen Symposium „Energieunion ohne Kernenergie – Utopie oder Perspektive“, bei dem Niederösterreich durch Anti-Atom-Koordinator DI Peter Allen vertreten war.



Nach wie vor wird fossile Energie weltweit fünfmal höher subventioniert als Erneuerbare. Auch in Europa werden fossile und Atomenergie insgesamt mit rund 61 Milliarden Euro subventioniert, die Förderung von Erneuerbaren in der EU machen rd. 30 Milliarden Euro aus.

Derzeit arbeitet die Österreichische Bundesregierung eine Klage gegen die geplante staatliche Beihilfe für das britische Atomkraftwerk Hinkley Point C aus.

Österreich und Luxemburg wollen gemeinsam für eine europäische Energieunion ohne Kernenergie eintreten, die Strategien in folgenden Bereiche umfassen soll: Sicherheit der Energieversorgung, ein vollständig integrierter Energiemarkt, Energieeffizienz, Verringerungen der CO₂-Emissionen der Wirtschaft sowie Forschung, Innovation und Wettbewerb.

Gleichzeitig sicherten sich die Umweltminister der beiden Länder auch ihre Unterstützung bei der Forderung nach grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) für die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zu.

Bekanntlich endet die 30-jährige Betriebsgenehmigung für den tschechischen Reaktor Dukovany 1 mit Ende 2015 und ist von den Betreibern eine Laufzeitverlängerung auf bis zu 80 Jahre geplant.